

Kein Glaube an Entlastung für Unternehmen

BREMERVÖRDE. Vor einem Jahr hatte die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU noch mit Spannung auf die Wahlen in Niedersachsen und auf Bundesebene geblickt. Beim jetzigen Neujahrsempfang des MIT-Kreisverbands Rotenburg im Hessedorfer „Logethern“ war es Zeit für eine Bewertung der Ergebnisse in Hannover und Berlin.

Dem Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann (CDU) schlug dabei deutlich mehr Skepsis entgegen als den beiden Landtagsabgeordneten Dr. Marco Mohrmann (CDU) und Eike Holsten (CDU). Grund: Während Union und SPD in Hannover schnell eine Regierung bildeten, tun sich die Verhandlungspartner in Berlin auch dreieinhalb Monate nach der Wahl noch immer schwer.

Bremervördes Bürgermeister Detlev Fischer äußerte mit Blick auf die Landeshauptstadt die Hoffnung, dass die neue SPD-CDU-Landesregierung nun das „Grüne Getrödel“ in Sachen Infrastruktur ad acta legen könne. Damit zielte er insbesondere auf die Planungen für die Autobahn 20, von der sich gerade Bremervörde eine Menge verspricht. „Das, was in Hannover gelungen ist, muss nun schnellstmöglich in Berlin klappen“, forderte Fischer. Er warnte indes vor „zu hohen Ausgaben“ in den Sozialsystemen. Das Geld müsse in Wachstum investiert werden.

Kritik an Sondierungsergebnis

Auch MIT-Kreisvorsitzender Friedrich Michaelis mahnte. Erneut sehe es so aus, als würde eine sich anbahnende große Koalition in Berlin den Mittelstand nicht entlasten. Insbesondere aufwendige Dokumentationspflichten und die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung seien aus Sicht mittelständischer Unternehmer zu kritisieren. Letzteres bezeichnete Grundmann als Kröte, die die Union in den Sondierungsgesprächen habe schlucken müssen. Dafür seien SPD-Forderungen wie die Bürgerversicherung oder ein höherer Spitzensteuersatz abgewehrt worden.

„Das Wahlergebnis war ein Denkwort für das, was nicht gut gelaufen ist“, sagte Grundmann. Das seien in der vergangenen Legislaturperiode insbesondere die Bereiche innere Sicherheit und Migration gewesen. Dort kündigte der Bundespolitiker eine stringendere Gangart an. „Wir haben aus dem Wahlergebnis unsere Lehren gezogen. Wir müssen wissen, wer in welcher Absicht unser Land betritt.“ Konkrete Maßnahmen in der Zuwanderungspolitik seien unter anderem die Aussetzung des Familiennachzugs und die Altersbestimmung von Flüchtlingen. „Wer unter 18 ist, muss das belegen können, oder sich einer Untersuchung unterziehen.“

Oberst dankt für Rückhalt

Weniger von der aktuellen Tagespolitik geprägt war der Vortrag von Gastredner Oberst Christian von Blumröder. Der Kommandeur des Fallschirmjägerregiments 31 aus Seedorf stellte die Aufgaben und Fähigkeiten der ihm unterstellten Soldaten vor. Er bedankte sich insbesondere für den starken Rückhalt, den der Bundeswehrstandort in Seedorf bei der Bevölkerung genieße. In jüngster Vergangenheit sei dies im November in Selsingen spürbar gewesen, wo rund 400 Soldaten vor ihren Auslandseinsätzen in Mali, Afghanistan und im Irak verabschiedet worden waren. (tb)